



MAG. ANJA HAGENAUER

Stadträtin der
Landeshauptstadt Salzburg
Mag. Anja Hagenauer

5024 Salzburg, Schloss Mirabell
Telefon: +43 662 8072 – DW 2090
Fax: +43 662 8072 – DW 2945
Stadtraetin.hagenauer@stadt-salzburg.at

Salzburg, Februar 2023

Offener Brief: Gewaltschutz verstärken - elektronischer Alarm für Gewalttäter mit Einstweiliger Verfügung

Sehr geehrter Herr Bundesminister Karner! Sehr geehrte Frau Bundesministerin Zadić!

Wie viele Opfer müssen noch durch die Hand ihres gewalttätigen Partners sterben? Warum sollen Gewaltbetroffene alleine dafür verantwortlich sein, dass sich der Täter ihnen nicht wieder nähert?

Vor allem Frauen und Kinder von weggewiesenen Gewalttätern leben oft in der Angst, dass ihr Peiniger zurückkommt. Gewalttäter verschaffen sich meist durch einen Vorwand Zutritt zur gemeinsamen Wohnung, durch eine meist jahrelang von physischer und psychischer Gewalt belasteten Beziehung ist es für die Betroffene nicht einfach eine klare Ablehnung auszusprechen. Dadurch ergibt sich für die Gewaltbetroffene erneuert die Situation einer unmittelbaren Gefahr durch den Täter. Hier braucht es Maßnahmen, die nicht wie bislang der Gewaltbetroffenen die Pflicht zum Eigenschutz auferlegen, sondern ein aktives System, welches in der Lage ist, die Verantwortung an die Sicherheitsbehörden abzugeben. Denn ein Gewaltopfer sollte in emotional belastenden Situationen nicht damit alleine gelassen werden, ob es sich der Gefahr aussetzt oder nicht.

Alleine in der Stadt Salzburg hat die Polizei im Jahr 2022 353 Betretungs- bzw. Annäherungsverbote ausgesprochen, davon hat das Bezirksgericht im Jahr 2022 insgesamt 118 einstweilige Verfügungen angeordnet. Gesamt gab es in Österreich im Jahr 2022 mutmaßlich 28 Femizide, also geschlechtsbezogene Frauenmorde.

Die elektronische Überwachung von Gewalttätern, gegen welche bereits eine einstweilige Verfügung erwirkt worden ist, könnte solche Morde verhindern. Eine wirksame Ergänzung zur bisherigen Gesetzeslage kann eine elektronische Überwachung von Gewalttätern mittels Transmitter-Armband sein. Die Gerichte könnten in Zukunft bei einstweiligen Verordnungen den Gewalttäter zum Tragen eines solchen Armbandes verpflichten. Diese Vorrichtung alarmiert per Warnsignal die Polizei, wenn ein Betretungs- oder Annäherungsverbot verletzt wird.

Spanien setzt für diesen Zweck seit 2009 erfolgreich auf ein System der elektronischen Überwachung von Gewalttätern nach gerichtlicher Anordnung. Ich bitte Sie sich im Sinne der vielen Gewaltbetroffenen die tagtäglich von Gewalt bedroht sind dafür einzusetzen, dass auch in Österreich ein System angestrebt wird, welches solch schreckliche Schicksale verhindert.

Mit freundlichen Grüßen

Stadträtin
Mag. Anja Hagenauer

Erght in Kopie an:

- Bundesministerin für Justiz Dr.in Alma Zadić, LL.M.
- Bundesminister für Inneres Mag. Gerhard Karner

Beilage: Informationen Spanischen Ministerium für Gleichstellung; Übersetzung (www.deepl.com)